

N i e d e r s c h r i f t

über die 7. öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am Mittwoch, dem 8. Februar 2017, um 20.00 Uhr im Sitzungssaal der Lindener Ratsstuben

Ausschussvorsitzende:	Lodde, Franziska	
Ausschussmitglieder: Lothar	Arnold, Jürgen Hansmann, Dirk Hoth, Wolfgang Leun, Manfred Reinwald, Peter Seim, Dirk Wedemann, Fabian Wolter, Michael	i. V. Dr. Worm, nicht anwesend i. V. Markgraf, Uwe i. V. Lodde, Hendrik
Stadtverordnetenvorsteher:	Burckart, Ralf	nicht anwesend
stellv. Stadtverordnetenvorsteher: 3c	Bausch, Hans Hille, Frank Lang, Gudrun Schaffer, Joachim Schütz, Dr. Christof Steinberg, Tim-Ole	 anwesend ab TOP nicht anwesend
Magistrat:	Bürgermeister König, Jörg Erster Stadtrat Arnold, Norbert Stadtrat Altenheimer, Thomas Stadträtin Braun, Petra Stadtrat Deeg, Sven Stadtrat Gath, Wolfgang Stadtrat Krapf, Reinhold Stadtrat Kreuzinger-Ibe, Robert Stadtrat Trinklein, Gerhard	 nicht anwesend
Ausländerbeiratsvorsitzender:	Abrahamian, Abraham	entschuldigt
Frauenbeauftragte:	Kirsch, Jitka	
Jugendvertretung:	Heller, Maximilian	nicht anwesend
Gäste:	-	
Verwaltung:	Hölzel, Frank Mai, Christian Retzer, Patrick	
Presse:	Sekatsch, Harold (Gießener Allgemeine) Wißner, Thomas (Gießener Anzeiger)	

Zuhörer: 2

Protokollantin: Maus, Lorina

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Wirtschaftsplan der Stadtwerke Linden für das Wirtschaftsjahr 2017 (2. Lesung)
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 21/16/21 -
3. Haushaltsplan der Stadt Linden für das Rechnungsjahr 2017 (2. Lesung)
 - a) Haushaltssatzung
 - b) Stellenplan
 - c) Haushalt- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 21/16/21 -
4. Beteiligung der Stadt Linden an der Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen mbH und der Studie zum Breitbandausbau
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 23/16/21 -
5. Erweiterung der interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich des freiwilligen Polizeidienstes - Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung gemäß § 54 ff. Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz (HVwVfG) zum gemeinsamen Einsatz der freiwilligen Polizeihelfer der Städte Gießen, Hungen, Linden und der Gemeinde Heuchelheim
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 24/16/21 -
6. Einführung einer Zweitwohnungssteuer
- Antrag FW - Fraktionsanträge Nr. 032/16/21 -
7. Satzung für die Förderung der Ummeldungen von Zweit- und Erstwohnsitz in der Stadt Linden
- Antrag CDU - Fraktionsantrag Nr. 033/16/21 -
8. Förderung des Zuzugs von Studenten und Auszubildenden mit Erstwohnsitz in der Stadt Linden
- Antrag CDU - Fraktionsantrag Nr. 034/16/21 -
9. Verschiedenes

Zu TOP 1

Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzende Lodde eröffnet die 7. öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und begrüßt alle Anwesenden. Sie stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde, die vorgeschriebene Veröffentlichung in den Lindener Nachrichten erfolgte und der Ausschuss beschlussfähig ist. Zur Tagesordnung ergeben sich keine Änderungen.

Zu TOP 2

Wirtschaftsplan der Stadtwerke Linden für das Wirtschaftsjahr 2017 (2. Lesung) - Magistratsvorlage Drucksache Nr. 21/16/21 -

Herr Leun macht wie in der letzten Ausschusssitzung des HFA auf die Eigenkapitalverzinsung aufmerksam und merkt an, dass die vorgesehene Verzinsung prozentual zu hoch ist. Er merkt nochmals an, dass man sich darüber nochmal Gedanken machen muss.

Nachdem Herr König nach Lösungsvorschlägen gefragt hat, erklärt Herr Leun, dass bei einer eventuellen Veränderung der Verzinsung auch der Haushalt geändert werden müsste. Für das nächste Jahr muss nochmal überlegt und diskutiert werden, ob man diese hohen Zinsen beibehalten möchte.

Herr Lodde führt aus, dass das Eigenkapital nicht vergleichbar mit Geld auf einem Tagesgeldkonto ist und dass die Verzinsung des Eigenkapitals höher wäre, daher sind 2,5 – 3 % Zinsen eine vernünftige Annahme.

Herr Hölzel erklärt daraufhin, dass die Eigenkapitalverzinsung in der Betriebskommission auf Empfehlung des Steuerberaters festgelegt wurde. Die Anregungen wurden aufgenommen und werden nochmal nach dem Jahresabschluss 2016 angesprochen.

Die Abstimmung über den Wirtschaftsplan laut Magistratsvorlage Drucksache Nr. 21/16/21 ergibt folgendes Ergebnis:

7 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

Zu TOP 3

Haushaltsplan der Stadt Linden für das Rechnungsjahr 2017 (2. Lesung)

a) Haushaltssatzung

Herr Dr. Schütz fragt nach, ob eine Abstimmung über den Haushalt in der vorliegenden Version möglich sei, da bereits in der 1. Lesung festgestellt wurde, dass sich Druckfehler eingeschlichen hätten und sich Änderungen zu dem vorliegenden Entwurf aus den Beratungen ergäben.

Herr Hölzel erklärt, dass der Hessische Städte- und Gemeindebund den Entwurf des Haushaltes für diskussionswürdig erklärt. Eine vollständig neue Version des Haushaltes wird es bei Änderungen nicht geben. Teile des Haushaltes werden aktualisiert und verteilt. Zudem soll der Haushalt dann in der beschlossenen Fassung auch online gestellt werden.

Herr König erklärt, dass es sich hierbei um das formal korrekte Vorgehen handele, dies habe der Magistrat bereits in der Vergangenheit vom HSGB schon einmal prüfen lassen.

Frau Lodde gibt bekannt, dass die Druckfehler besprochen und anerkannt wurden. Die vorliegenden Änderungsanträge würden abgestimmt werden und entsprechend dem Abstimmungsergebnis in den Haushalt eingepflegt werden.

Herr Leun spricht wie auch in der letzten Ausschusssitzung des HFA an, dass es nach seinem Kenntnisstand nicht möglich ist, eine Verpflichtungsermächtigung bei dem Windpark und bei dem Kindergartenneubau auszuweisen, wenn keinerlei Unterlagen darüber vorhanden sind. Stattdessen sei diese Position mit einem Sperrvermerk zu versehen. Zudem fragt Herr Leun nach, wie man auf die Zahlen kommt, die für den Ausbau Breiter Weg vorgesehen sind.

Herr Hölzel erklärt, dass der Ausbau vom Breiten Weg dieses Jahr erst anfängt. Hinter den vorgesehenen Zahlen stecken die Planungs- und Herstellungskosten. Rückflüsse sind dort nicht berücksichtigt, da die Abrechnung mit den Anwohnern frühestens in zwei Jahren beginnen.

Herr Dr. Schütz führt aus, dass der Antrag vom 05.02.2017 von Bündnis 90/Die Grünen, die Verpflichtungsermächtigung des Windparks gegenstandslos macht.

Frau Lodde merkt nach Rücksprache mit Herrn König an, dass es bis zur kommenden Stadtverordnetenversammlung am 14.02.2017 geklärt werden muss, ob die Verpflichtungsermächtigungen nun ausgewiesen werden oder nicht.

Die Abstimmung über den Teilabschnitt A der Drucksache Nr. 21/16/21 „Haushaltssatzung“ ergibt folgendes Ergebnis:

6 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen

b) Stellenplan

Herr Markgraf bringt den Antrag vom 31.01.2017 der SPD-Fraktion ein und erläutert ihn.

1. Ausweisung eines Ausbildungsplatzes für das Haushaltsjahr 2017

Herr König erklärt, dass auf Grund von fehlendem Personal und bereits zwei vorhandenen Azubis keine weitere qualifizierte Ausbildung gewährleistet werden kann. Zudem kann eine Übernahme nach der Ausbildung nicht garantiert werden, obwohl ein gesunder Personalaufbau sehr wichtig ist.

Herr Hille erklärt für die CDU-Fraktion, dass sie unter diesen vom Magistrat dargelegten Umständen diesem Antrag nicht folgen könne.

Die Abstimmung ergibt eine Ablehnung dieses Änderungsantrages mit 3 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen (Herr Reinwald fehlt)

2. a) Streichung der „KW-Vermerke“

Herr König führt aus, dass diese Streichung der „KW-Vermerke“ durch den Magistrat erfolgt und damit keiner Beschlussfassung mehr bedürfe.

*Die Abstimmung für die Änderung der „KW-Vermerke“ ergibt folgendes Ergebnis:
8 Ja-Stimmen*

b) Einstellung eigener Reinigungskräfte für Kitas und Rathaus

Herr König erklärt, dass die Reinigung für KITA's und im Rathaus mit eigenem Personal durchaus von Vorteil wäre. In der Stadthalle wäre eine Reinigung mit schwerem Gerät eher von einer Fachfirma von Vorteil, da ansonsten von der Stadt schweres Gerät angeschafft werden müsste. Im Rathaus hingegen wäre eigenes Personal durchaus sinnvoller, da in den Büroräumen auch vertrauenswürdige Dokumente lägen. Er bittet daher darum, die Entscheidung im jeweiligen Einzelfall dem Magistrat zu überlassen.

Die antragstellende Fraktion stellt ihren Antrag 2b) zurück, da momentan der genaue Antragsinhalt und damit die Abstimmungsfrage nicht klar umrissen werden kann.

3. Ausweisung „Ständige Stellvertretungen“ in den KITA's

a) Regenbogenland

b) Obergasse

Herr König erläutert, dass dem Magistrat mittlerweile die Rechtsauskunft vorliegt, die eine ständige Stellvertretung in der KITA-Leitung unumgänglich mache und dies daher vom Magistrat auch so vorgenommen würde.

Herr Hille erklärt für die CDU-Fraktion, dass sie dem Antrag folgen würde.

*Die Abstimmung ergibt folgendes Ergebnis:
8 Ja-Stimmen*

c) Haushalt
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 21/16/21 -

Die geänderten Änderungsanträge liegen nicht allen Ausschussmitgliedern vor. Herr Wolter bringt den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen über den Windpark Lumdatal ein.

Herr Lodde gibt bekannt, dass die CDU den Antrag unterstützt.

Herr Leun merkt an, dass hier eine Problematik bei der Verpflichtungsermächtigung entsteht. Hier liegen keine Verträge und Unterlagen vor. Ansonsten müsse man hier einen Sperrvermerk setzen.

Herr Hölzel macht den Vorschlag, dass man die Verpflichtungsermächtigungen von Kindergarten und Windpark auflöst, dafür die gesamte Summe in den Haushalt 2017 einstellt. Zudem wäre dies der erste Sperrvermerk in der Geschichte der Stadt Linden.

Herr Lodde macht darauf aufmerksam, dass der Magistrat nicht einfach irgendwelche Verträge abschließen kann.

Herr König führt aus, dass vor einer solchen Entscheidung, der Magistrat vorher das Parlament fragt.

Herr Markgraf merkt an, dass dieser Sperrvermerk vom Fachausschuss aufzuheben ist.

Frau Lodde stellt den Antrag mit dem Zusatz: Die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 250.000€ sind mit einem Sperrvermerk zu versehen und in den Haushalt 2017 einzustellen zur Abstimmung.

*Die Abstimmung über den Fraktionsantrag von Bündnis 90/Die Grüne über den Windpark Lumdatal ergibt folgendes Ergebnis:
8 Ja-Stimmen*

Herr Wolter bringt den neuen Antrag von Bündnis 90/Die Grünen über die Fassadenverschönerung des Kindergartens Regenbogenland ein und erläutert ihn.

*Die Abstimmung über den neuen Fraktionsantrag von Bündnis 90/Die Grünen über die Fassadenverschönerung des Kindergartens Regenbogenland ergibt folgendes Ergebnis:
8 Ja-Stimmen*

Herr Wolter bringt den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen über die Ausstattung des Kindergartens Regenbogenland mit einer Photovoltaikanlage ein und erläutert ihn.

Herr König erklärt, dass die Oberhessische Energieagentur die Wirtschaftlichkeit betrachtet hat und eine Einrichtung einer 27 KW Pik Anlage optimal wäre, die Statik erlaube dieses. Diese kostet ca. 40.500 € netto. 28.200€ Gewinn plus die Kredittilgung könnten innerhalb von 20 Jahren erwirtschaftet werden.

Herr Markgraf fragt nach entsprechenden Energiespeichermedien für den Energieverbrauch im eignen Gebäude, da 50.000€ ausgewiesen sind im Haushalt. Zudem möchte er genaueres über diese Anlage wissen.

Herr König führt aus, dass die ausgewiesenen 50.000€ die Anschaffungskosten der Anlage sind ohne Batterien. Eine genauere Beschreibung der Anlage liegt in der nächsten Stadtverordnetenversammlung am 14.02.2017 vor.

Herr Dr. Schütz macht darauf aufmerksam, dass der Selbstverbrauch geprüft werden muss. 45.000€ investieren und den Strom selbst verbrauchen und die restliche Energie speichern.

Herr Lodde macht auf einen Sperrvermerk aufmerksam.

Herr König erklärt, dass dies am 14.02.2017 in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden soll und dass die Energie nicht in das öffentliche Netz eingespeist werden soll.

Herr Hölzel merkt an, dass der Sperrvermerk im Investitionsprogramm ausgewiesen wird.

Herr Hille möchte das komplette Prüfergebnis bis zu nächsten Sitzung schriftlich vorliegen haben.

Die Abstimmung über den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen über die Ausstattung des Kindergartens Regenbogenland mit einer Photovoltaikanlage mit Sperrvermerk ergibt folgendes Ergebnis:

8 Ja-Stimmen

Herr Dr. Schütz bringt den neuen Antrag von Bündnis 90/Die Grünen über die Deckendämmung in den Kindergärten Obergasse und Bahnhofstraße ein.

Herr König erklärt, dass es wie im Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt am 07.01.17 gesagt wurde, gemacht wird. Bei der Bahnhofstraße sind ca. 6.000€ und in der Obergasse ca. 15.000€ einzustellen.

Die Abstimmung über den neuen Fraktionsantrag von Bündnis 90/Die Grünen über die Deckendämmung in den Kindergärten Obergasse und Bahnhofstraße ergibt folgendes Ergebnis:

Bahnhofstraße mit 7.500€ = 8 Ja-Stimmen

Obergasse mit 15.000€ = 8 Ja-Stimmen

Herr Lodde bringt den Antrag der CDU-Fraktion über den Ankauf von unbebauten Grundstücken vom 05.02.2017 ein und erläutert ihn.

Die Abstimmung über den Fraktionsantrag von der CDU über den Ankauf von unbebauten Grundstücken ergibt folgendes Ergebnis:

8 Ja-Stimmen

Herr König teilt mit, dass bei der evangelischen Kirche in Leihgestern ein Aufgang für gehbehinderte Menschen entstehen soll. Dieser Aufgang soll zwischen Kirche und Friedhof entstehen.

Die Abstimmung über den Aufgang bei der evangelischen Kirche ergibt folgendes Ergebnis:

8 Ja-Stimmen

Herr Lodde teilt mit, dass wenn man für den Breitbandausbau 70.000€ vorsieht, dass man den Investitionshaushalt von 15.000€ auf 70.000€ erhöhen muss.

Die Abstimmung über die Erhöhung des Investitionshaushalts von 15.000€ auf 70.000€ ergibt folgendes Ergebnis:

7 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

Herr König führt aus, dass man die Kosten für den Kindergarten Neubau komplett in den Investitionsteil überleiten könnte und man so die Verpflichtungsermächtigung herausnehmen könne.

Herr Hölzel erklärt, dass wenn man die komplette Summe in 2017 als Investition einstellt, diese dann 2 Jahre lang verfügbar ist und eine Verpflichtungsermächtigung dementsprechend entfällt.

*Die Abstimmung über die Verschiebung der Gesamtsumme von 2,6 Mio. € in 2017 ohne Verpflichtungsermächtigung ergibt folgendes Ergebnis:
8 Ja-Stimmen*

*Die Abstimmung über den gesamten Teilbereich C „Haushalt“ mit allen Änderungen ergibt folgendes Ergebnis:
6 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen*

Zu TOP 4

Beteiligung der Stadt Linden an der Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen mbH und der Studie zum Breitbandausbau

- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 23/16/21 –

Herr König verweist auf die Abstimmung beim vorherigen Tagesordnungspunkt und erklärt nochmal Sinn und Zweck der Beteiligung. Nach einer Überprüfung hat sich herausgestellt, dass Linden noch nicht komplett mit einem Breitbandausbau versorgt ist. Durch diese Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen mbH haben wir die Möglichkeit auf Zuschüsse, die wir sonst nicht bekommen würden.

Aufgrund der Nachfrage von Herrn Dr. Schütz, erklärt Herr Arnold die Zusammenstellung der beantragten 70.000€ wie folgt:

15.000€ für die Beteiligung
600€ für den Anteil an der mbH
12.000€ Sacheinlage
485€ Unkostenzuschuss
ca. 1.500€ Notargebühren

Wenn der Breitbandausbau in 2017 startet haben wir auf jeden Fall das Geld um sofort damit zu beginnen.

Herr Leun äußert seine Bedenken, dass 70.000€ nicht reichen werden, außerdem soll die Beteiligung Beschlossen werden, obwohl ihm die Aufgliederung der Summe nicht klar ist.

*Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 23/16/21 ergibt folgendes Ergebnis:
7 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung*

Zu TOP 5

Erweiterung der interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich des freiwilligen Polizeidienstes - Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung gemäß § 54 ff. Hessisches

Verwaltungsverfahrensgesetz (HVwVfG) zum gemeinsamen Einsatz der freiwilligen Polizeihelfer der Städte Gießen, Hungen, Linden und der Gemeinde Heuchelheim

- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 24/16/21 -

Durch Nachfragen von Herrn Dr. Schütz erklärt Herr König, dass es schon mal eine interkommunale Zusammenarbeit gab. Federführend ist die Stadt Gießen, die Stadt Hungen wurde aber bevollmächtigt. Er ist der Meinung, dass einige Probleme und Unklarheiten mit dem freiwilligen Polizeidienst beseitigt werden konnten.

Frau Lang führt aus, dass sie nicht dafür sind, sich aber enthalten werden bei der Abstimmung.

*Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 24/16/21 ergibt folgendes Ergebnis:
7 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung*

Zu TOP 6

Einführung einer Zweitwohnungssteuer

- Antrag FW - Fraktionsantrag Nr. 032/16/21 -

Herr Leun führt aus, dass der Berichtsantrag nicht ordnungsgemäß beantwortet wurde und der Antrag nochmal eingereicht wurde. Zudem wird erklärt, warum eine Zweitwohnungssteuer notwendig und auch sinnvoll ist.

Frau Lodde schlägt vor, die Diskussion der Tagesordnungspunkte 6-8 zusammen zu legen.

Anmerkung der Protokollantin: Die Diskussion der 3 Tagesordnungspunkte ist unter dem Tagesordnungspunkt 8 aufgeführt.

*Die Abstimmung über den Antrag der FW – Fraktionsantrag Nr. 032/16/21 ergibt folgendes Ergebnis:
1 Ja-Stimme, 4 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen*

Zu TOP 7

Satzung für die Förderung der Ummeldungen von Zweit- und Erstwohnsitz in der Stadt Linden

- Antrag CDU - Fraktionsantrag Nr. 033/16/21 -

Herr Lodde bringt den Antrag der CDU – Fraktionsantrag Nr. 033/16/21 ein und erläutert ihn.

*Die Abstimmung über den Fraktionsantrag Nr. 033/16/21 ergibt folgendes Ergebnis:
4 Ja-Stimmen, 4 Enthaltungen*

Zu TOP 8

Förderung des Zuzugs von Studenten und Auszubildenden mit Erstwohnsitz in der Stadt Linden

- Antrag CDU – Fraktionsantrag Nr. 034/16/21 -

Herr Lodde bringt den Antrag der CDU – Fraktionsantrag Nr. 034/16/21 ein und erläutert ihn.

Herr König führt aus, dass wenn zur Bearbeitung dieser Förderung mehr Personalgebraucht wird, muss dies auch Inhalt der Prüfung sein.

Herr Leun äußert seine Bedenken, ob man bei einer freiwilligen Leistung überhaupt eine Satzung benötigt.

Herr Dr. Schütz merkt an, dass man keine Beschlussempfehlung abgeben kann, wenn der Magistrat noch nicht geprüft hat.

Frau Lang teilt mit, dass viele umliegende Kommunen die Zweitwohnungssteuer eingeführt haben. Der Magistrat soll aber über die Höhe der Zuwendungen entscheiden.

Herr Lodde erklärt, dass der Verwaltungsaufwand bei der Zweitwohnungssteuer viel zu groß ist, da die Bescheide auch von der Kasse überwacht werden müssen.

Dr. Schütz fragt nach, warum man auf 60.000€ Zweitwohnungssteuer verzichtet nur weil es zu viel Verwaltungsaufwand ist.

Herr Arnold erklärt, dass alle Anträge ihren eigenen Charme haben. Der Antrag bzgl. der Förderung der Studenten usw. hat den Vorteil, dass es weniger Verwaltungsaufwand ist. Bei dem Antrag der Zweitwohnungssteuer ist es natürlich die Steuer selbst.

Herr Hille äußert seine Bedenken, dass man bei einem ausgeglichenen Haushalt den Bürgern nicht noch in die Tasche greifen sollte. Es gibt durchaus auch Bürger, die aus beruflichen Gründen einen Zweitwohnsitz angemeldet haben, diese haben keine andere Chance. Da der Verwaltungsaufwand viel zu hoch ist, wird sich dieser Aufwand nicht lohnen.

Frau Lang macht den Vorschlag, erst die Variante mit der Prämie einzuführen, da wir genug Einnahmen haben momentan.

Herr Leun ist der Meinung, dass wenn die Satzung beschlossen und veröffentlicht ist, man die Arbeit noch nebenbei mitmachen könnte.

*Die Abstimmung des Antrags der CDU – Fraktionsantrag Nr. 034/16/21 ergibt folgendes Ergebnis:
4 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 3 Enthaltungen*

Zu TOP 9
Verschiedenes

Herr König berichtet ausführlich über die Schwallwasserpumpen im Schwimmbad. Ein Gutachter der Herborner Pumpenfabrik soll eine Frequenzsteuerung prüfen um ggf. Stromkosten im Schwimmbad einzusparen.

Ende: 22:10 Uhr



.....
Franziska Lodde, Ausschussvorsitzende

.....
Lorina Maus, Protokollantin